Umstrittener Friedensnobelpreis 2012 für die EU

In den letzten Jahren hat die Wahl der Friedensnobelpreisträger immer häufiger Kritik auf sich gezogen. Erwähnt seien hier nur die umstrittensten Beispiele im laufenden Jahrhundert: Barack Obama (2009), IPCC (Weltklimarat) und Al Gore (2007), Mohammed al-Baradei und die IAEA (Internationale Energieagentur, 2005), Jimmy Carter (2002). Sehr kontrovers ist auch die Wahl dieses Jahr aufgenommen worden. Wir dokumentieren deshalb die Begründung des Nobelkomitees und die grundsätzliche Kritik des International Peace Bureau (IPB), dem auch der Friedensrat angehört, und schliessen mit einem Kommentar auf der nächsten Seite.

/ Ruedi Tobler /

Die offizielle Begründung des Nobelkomitees vom 12. Oktober 2012 lautet (zitiert nach den Angaben des Europadorfs St. Peter im österreichischen Sulmtal *(www.europadorf.at)*:

«Das norwegische Nobelkomitee hat entschieden, dass der Friedensnobelpreis 2012 an die Europäische Union (EU) vergeben wird. Die Union und ihre Vorgänger haben über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten beigetragen. In der Zwischenkriegszeit hat das Nobelkomitee Auszeichnungen an Personen vergeben, welche die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich gefördert haben. Seit 1945 ist diese Versöhnung Wirklichkeit geworden. Das furchtbare Leiden im Zweiten Weltkrieg zeigte die Notwendigkeit eines neuen Europa. Über einen Zeitraum von 70 Jahre hatten Deutschland und Frankreich drei Kriege ausgefochten. Heute ist Krieg zwischen Deutschland und Frankreich undenkbar. Das zeigt, wie historische Feinde durch zielstrebige Bemühungen und den Aufbau gegenseitigen Vertrauens enge Partner werden können.

In den 1980er-Jahren sind Griechenland, Spanien und Portugal der EU beigetreten. Die Einführung der Demokratie war Voraussetzung für ihre Mitgliedschaft. Der Fall der Berliner Mauer hat die EU Mitgliedschaft für etliche zentral- und osteuropäische Länder möglich gemacht und so eine neue Ära in der europäischen Geschichte eingeleitet. Die Teilung zwischen Ost und West ist in weiten Teilen beendet; die Demokratie wurde gestärkt; viele ethnisch bedingte nationale Konflikte wurden gelöst.

Die Aufnahme von Kroatien als Mitglied im nächsten Jahr, die Einleitung von Aufnahmeverhandlungen mit Montenegro und die Erteilung des Kandidatenstatus an Serbien stärken den Prozess der Aussöhnung auf dem Balkan. Im letzten Jahrzehnt hat auch in der Türkei die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft Demokratie und Menschenrechte in diesem Land gefördert.

Die EU erlebt derzeit ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten und beachtliche soziale Unruhen. Das Nobelkomitee wünscht den Blick auf das zu lenken, was es als wichtigste Errungenschaft der EU sieht: den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte. Die stabilisierende Rolle der EU hat dazu beigetragen, Europa von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens zu verwandeln. Die Arbeit der EU repräsentiert 'Bruderschaft zwischen den Nationen' und entspricht einer Form von Friedenskongressen, auf die sich Alfred Nobel als Kriterium für den Friedenspreis 1895 in seinem Testament bezogen hat.»

IPB: EU zu stark militarisiert

Zu den schärfsten Kritikern der Verleihung des Preises an die EU zählt das Internationale Friedensbüro IPB in Genf. Es wurde vor 120 Jahren gegründet, erhielt 1910 den Friedensnobelpreis und zählt heute rund dreihundert Mitgliedsorganisationen, zehn von ihnen aus der Schweiz, darunter der Schweizerische Friedensrat. Das IPB hat am 12. Oktober 2012 umgehend eine Stellungnahme abgegeben, die wir in freier und gekürzter Übersetzung abdrucken:

«Die Begründung des Nobelpreiskomitees ist nicht völlig falsch. Die EU hat tatsächlich die dargestellte Rolle gespielt. Alle Formen der Zusammenarbeit enthalten einige Elemente von Friedlichkeit und sie stellt tatsächlich ein überzeugendes Beispiel für regionale Zugänge zu Friedensförderung zwischen Staaten und Bevölkerungen dar; darin ist die EU Pionierin gewesen. Aber ir-

ritierend sind die vielen Aspekte, die das Komitee weg gelassen hat. Die führen zu einer stark selektiven Auszeichnung. Dafür führt das IPB neun Beispiele an.

Kriegführung: Angeführt wird die Verstrickung der EU – manchmal gemeinsam und manchmal auch einzeln – in einige der blutigsten Konflikte unserer Zeit: Irak, Afghanistan, Kosovo, Libyen.

Waffenhandel: Zur EU gehören einige der weltweit grössten Waffenhandelsnationen: Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien. Die kürzlich gescheiterten Fusionsgespräche zwischen EADS und BAE, die zur Bildung des weltweit grössten Waffenkonzerns geführt hätten, unterstreichen die bedeutungsvolle Rolle Europas in der Verbreitung von Waffen.

Atomwaffen: Die EU hat zwei Staaten mit Atomwaffen: Grossbritannien und Frankreich – und es gibt keine Anzeichen für eine ernst gemeinte Abrüstung, weder von ihnen selbst noch in Form von Druck auf sie durch die verbündeten Staaten.

Militärausgaben: Die EU gibt zusammen jedes Jahr mehr als 250 Milliarden Dollar aus – mehr als China und über ein Drittel der riesigen US-Gesamtausgaben.

Friedenserhaltung: Im Vergleich mit der UNO sind die friedenserhaltenden Operationen der EU klein; allerdings waren sie in gewissen lokalen Konflikten hilfreich.

Friedensbildung: Wo ist das Engagement der EU zu Friedensbildung in Schulen und Gemeinden quer durch die ganze Gemeinschaft? Wird sie das Geld des Preises dazu brauchen, um einen neuen Fonds für diesen Zweck zu schaffen?

Demokratie: Obwohl die EU demokratische Verdienste beansprucht, wird das Europäische Parlament nicht erwähnt. Dabei ist es doch das Parlament, das gegen Beschlüsse aufsteht, die der Ministerrat und die Kommission hinter geschlossenen Türen fällen.

Sieg über den Faschismus: Der Wandel im Spanien, Portugal und Griechenland (und in der Tat auch in Osteuropa) waren die Frucht von Kämpfen des Volkes und keine EU-Errungenschaft, wobei die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft ein Faktor für die Überzeugung der herrschenden Eliten gewesen sein mag, ihre Zukunft eher in einer vorwärts gerichteten Demokratie zu sehen als im alten repressiven System des Faschismus.

Was ist Europa? Es kann eingewendet werden, dass die OSZE einen viel berechtigteren Anspruch hat, alle Staaten Europas zu vertreten (und wohl eine bessere Kandidatin für einen Friedenspreis wäre), da ihr 56 Staaten angehören von Europa, Zentralasien und Nordamerika – verglichen mit den 27 Staaten der EU. Und eher ein «Europa der offenen Fenster» als das Bild von der «Festung Europa», das mit der EU verbunden ist. Einmal mehr hätte das Geld, das mit dem Preis verbunden ist, für einen besseren Zweck eingesetzt werden können. Es gibt Hunderte von verdienstvollen Basisorganisationen und Persönlichkeiten, für die die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis einen gewaltigen Unterschied gemacht hätte. Für die EU aber wird die Arbeit am nächsten Tag wie gewohnt weiter gehen.»

Am 5.11.2012 doppelte das IPB mit einem Brief an die Nobel-Stiftung in Stockholm nach, unter dem Titel «Der Friedenspreis 2012 ist ungesetzlich und darf nicht an die EU ausbezahlt werden». Das IPB fordert den Stiftungsrat auf, den Preis nicht aus seinen Mitteln auszubezahlen und das norwegische Nobelkomitee zu ermahnen, in seiner künftigen Auswahl von Preisträgern den Willen und das Testament von Alfred Nobel zu befolgen. ◆